

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

149 (29.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556518](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556518)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., einschließlich Postgebühren.

— Mit —
Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgepaltene Korpusgröße oder deren Raum für die Inserenten im Rühringen-Wilhelmshaven umringend, sowie der Zylinder 16 Pfg., für sonstige auswertige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Briefen längeren aus Fernorten als der Grundbeschriftung gesetzt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Reklamanzettel 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Rühringen, Donnerstag den 29. Juni 1911.

Nr. 149.

8. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

(Fortsetzung des Berichtes aus der Beilage.)

C. B. Dresden, 27. Juni.

Leipziger eröffnet am 2. Verhandlungstage die Sitzung.

Brückner-Berlin gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind 385 Delegierte und zahlreiche Gäste. Sämtliche Mandate werden debattelos für gültig erklärt.

Hierauf wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren und zunächst der gestern neu beschlossene Punkt:

Einrichtung einer gewerkschaftlich-gesellschaftlichen Unterstützungskasse

erledigt.

Bauer-Berlin referiert hierüber. Er schildert eingehend die Maßnahmen der Selbsthilfe, die die Menschen von jeher ergriffen haben, um sich gegen plötzliche Not zu sichern. Die Entwicklung der Volksversicherung, d. h. der sogenannten kleinen Versicherung mit Beiträgen bis zu 10 Pfg. herab, ist eine ganz rapide gewesen. Insgesamt umfaßt die Volksversicherung in Deutschland gegenwärtig 6825 275 Voligen mit einem Kapital von 1345 Millionen Mark. Der Eigenanteil entfällt auf die Viktoria und die Friedrich Wilhelm. Die Verwaltungsstellen beliefen sich auf 28 788 000 Mk., das sind 25,13 Proz., und der Jahresüberschuß auf 17 370 000 Mk. Mit Hilfe der Volksversicherung haben diese Versicherungsgesellschaften ihre Lebenskräfte ganz gewaltig steigern können. Das zeigt besonders die geradezu glänzende Entwicklung der Viktoria mit ihren selbsthelfenden Gewinnern. Dieser Erfolg kann aber nur erzielt werden durch eine ungeheure Benachteiligung des Publikums. Für 69 Millionen Mark Polizisten wurden von den Volksversicherungsgesellschaften für verfallen erklärt, nur weil die Beiträge einmal nicht rechtzeitig bezahlt wurden. Diese Art der Volksversicherungsgesellschaft ist also eine maßlose Ausbeutung mittelbarer Proletarier, denn nur von diesen wird die sogenannte kleine Versicherung betrieben. Freilich hat das neue Gesetz über das private Versicherungswesen dieses Verbrechen ein wenig die Fingel beschnitten, denn es enthält die Bestimmung, daß Polizisten dann nicht mehr ohne jede Rückvergütung für verfallen erklärt werden dürfen, wenn drei Jahre lang Beiträge auf sie bezahlt worden sind. Dieser große Erfolg der Volksversicherung, diese Heranziehung von fast sieben Millionen kleiner Existenzen ist nur zu erklären durch das bekannte raffinierte Werbemittel der Gesellschaften. Angehörige dieser Ausländerung dreier Arbeiterkreise durch wenige Gesellschaften ist schon häufig die Frage aufgeworfen worden: Was kann die Arbeiterkraft selbst tun, um dieser Ausbeutung der Volkswalmen vorzubeugen? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: Wir dürfen hier nicht mehr Gerede bei Fuß lieben und weiter ruhig zusehen, wie gerade unsere eigenen Arbeitskameraden geplündert werden (Zustimmung). Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß gerade die industrielle Arbeiterkraft in den Städten die Opfer für diese Gesellschaften abgibt. Auf dem Lande haben die Versicherungsgesellschaften schon deshalb nicht den gleichen Erfolg, weil die Landbewohner nicht über soviel bares Geld verfügen. Die Generalkommission hat sich daher mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Verbindung gesetzt. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die ihre Beratungen erst jüngst abgeschlossen hat. So ist es gekommen, daß erst im letzten Augenblick dieser Punkt auf unsere Tagesordnung gesetzt werden konnte. Oberster Grundgedanke unserer Versicherung soll sein: kein Pfennig geleisteter Beiträge darf verloren gehen. Wir planen die Gründung einer losen Unterstützungsgesellschaft, gebildet von Gewerkschaften und Genossenschaften. Mit der Durchführung dieser neuen Einrichtung sollen betraut werden die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Weitere Organe sollen sein die Konferenzen der Gewerkschaftsvorstände und Bezirksvereinigungen der Genossenschaften. Wo wir wollen eine solche Unterstützungsgesellschaft nun ins Leben rufen, sie organisatorisch ausgestalten und jedes Mitglied einer der Generalkommission angehörenden Gewerkschaft und jedes Mitglied einer dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaft soll berechtigt sein, in diese Unterstützungsgesellschaft Beiträge zu entrichten. Dafür erhält es dann für den Unterstützungsfall die vorgelebene Unterstützung, allerdings ohne daß ein Rechtsanspruch auf diese Unterstützung eingeräumt wird. Zunächst wenigstens wollen wir versuchen, ohne den Rechtsanspruch auszufließen. Die neue Einrichtung soll den Namen Volksfürsorge bekommen. Sollte das Aufführungsamt für Privatversicherung uns wegen des Fehlens des Rechtsanspruchs Schwierigkeiten machen, so werden wir von dem Plan nicht zurücktreten, sondern ihn mit Rechts-

anspruch in Form einer Aktiengesellschaft oder in anderer Form ins Leben rufen. (Beifall.) Die eigentliche Geschäftsführung soll von den Genossenschaften erledigt werden, während die Gewerkschaften den Werbepart abstellen sollen. Dadurch werden die Verwaltungskosten ganz minimal werden. Uns stehen ja auch ganz andere Kapitalisationsmittel zur Verfügung. Ich denke da an die Gewerkschaftspresse und die Parteipresse, die hofentlich zum Teil wenigstens keine prinzipiellen Einwände machen wird. (Heiterkeit.) Prinzipielle Bedenken sind wirklich nicht stichhaltig, denn es hat sich gezeigt, daß die Unterstützungseinrichtungen kein Hindernis für die Entwicklung der Gewerkschaften waren, sondern durch diese Unterstützungseinrichtungen nur Mittel zum Zweck waren; um die Mitglieder an die Organisation zu fesseln, soll diese Volksfürsorge Selbstzweck sein. Sie soll unseren Mitgliedern Gelegenheit geben, ihr Versicherungsbedürfnis zu befriedigen, und zwar ohne die Schädigungen der Volksversicherung mit in Kauf nehmen zu müssen. Es kam prinzipiell nichts dagegen eingewendet werden, wenn wir einer weiteren Ausbeutung unserer Mitglieder vorbeugen wollen. In der Volksversicherung jagdet der Arbeiter mit seinem Pfennig wenige Millionen, die so mühelos ihre Taschen füllen können. Wir sollten in immer größerem Umfang dazu übergehen, unsere Kräfte auch wirtschaftlich zu verwerten. Zunächst hatten wir ja einen gewissen Widerwillen gegen eine wirtschaftliche Betätigung und es bestand eine Lebensschädigung der politischen Tätigkeit. Wenn in anderen Ländern die Arbeiterbewegung an einer Unterstützung der politischen Tätigkeit litt, hatten wir in Deutschland eine Lebensschädigung. Wir müssen aber dazu übergehen, unsere wirtschaftlichen Kräfte immer mehr zu konzentrieren. (Beifall.) Ohne wirtschaftlichen Einfluß ist heute auch kein politischer Einfluß mehr möglich. Erst dadurch wird die Arbeiterklasse ein wirklicher Machtfaktor werden. Wir sollten also unsere Kräfte zusammenfassen, um innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft einen wirtschaftlichen und damit auch politischen Einfluß ausüben zu können. Wir ersparen dadurch unseren Mitgliedern Millionen und Abermillionen, die wir dann besser im Kampf werden verwenden können. (Stärkender Beifall.) Nehmen Sie einstimmig folgende Resolution an:

Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-gesellschaftliche Unterstützungsgesellschaft ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Altersverminderung usw. zu gewähren.

Die zur Durchführung dieses Auftrages mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterstützungsgesellschaft bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

In der Debatte wußte O. H. Waldenburg (Bergarbeiter) eine Ausdehnung dieser „Volksfürsorge“ auf die Unfälle und wendet sich gegen den Antrag der Abkommensversicherung.

Brückner-Berlin (Buchbinder) regt die Ausdehnung auch auf die Krankenversicherung an.

Umbricht (Generalkommission): Viele Gewerkschaften zahlen heute schon Krankenunterstützung und denen dürfen wir mit der neuen Einrichtung nicht ins Gehege kommen. Ueberweisen Sie alle Wünsche der Generalkommission zur Erwägung.

Raufmann-Hamburg: Der Leipziger Genossenschaftstag hat Vorstand und Ausschuss bevollmächtigt, in Verbindung mit der Generalkommission Mittel und Wege zu suchen, um den Wünschen des Versicherungswesens entgegen zu treten.

Robert Schmidt (Generalkommission): Wir wollen das Volksversicherungswesen der privaten Spekulation entziehen und auf eine reelle Grundlage stellen. Wenn wir auch noch nicht sehr hohe Unterstützungssätze zahlen können, so werden die Arbeiter doch zu unserer Einrichtung das größte Vertrauen haben.

Die Debatte schließt. Die Resolution Bauer wird einstimmig angenommen. (Lebh. Beifall.) Die vorgetragenen Wünsche und Anregungen werden der Generalkommission überwiefen.

Es folgt der Punkt Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz.

Referent ist Reichmann-Bremen (Tabalarbeiter). Er legt folgende Resolution vor:

„Der Achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Wünsche zu eigen, die in der Resolution des ersten in Berlin 1904 abgehaltenen Allgemeinen Heimarbeiters-

chutzkongresses niedergelegt sind und bekennt seine Uebereinstimmung mit der Resolution des Deutschen Heimarbeitertages vom 12. Januar 1911.

Der Kongreß beauftragt die Verhütung in der Bearbeitung des Hausarbeitersgesetzes im Reichstag; er hält es für dringend geboten, daß dem Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Kommission des Reichstages umfassend, dem Verlangen der Heimarbeiter gerecht werdende Änderungen eingefügt werden.

Als vollständig ungenügend erweist sich die Bestimmung des Gesetzes, die den Erlaß von Schutzvorschriften in das Belieben der verschiedenen Behörden stellt. Die Folge dieser Anordnung wird sein, daß unter dem Einfluß der Unternehmer, die doch nur des höheren Profits wegen die elenden Verhältnisse der Heimindustrie erhalten wollen, jeder Versuch lokaler Behörden, gegen Uebelstände vorzugehen, dem Widerspruch dieser Interessenten unterliegen wird.

Die sanitären Schutzvorschriften sowie die Bestimmungen des Arbeiterschutzes bedürfen einer allgemein gültigen gesetzlichen Regelung, die nur unterbrochen werden kann durch weitergehende Vorschriften für die Berufe, die besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter bieten. Für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie muß das gänzliche Verbot der Heimarbeit gefordert werden.

Vor allem darf die Regelung der Lohnfrage im Gesetz nicht fehlen. Dazu gehört:

- 1. die Aushängung der Lohnkarte in den Räumen, wo Heimarbeit ausgeübt wird;
- 2. die Verabreichung von Lohnböckchen oder Lohnzetteln bei Uebergabe der Arbeit mit genauer Angabe der Löhne und der Abzüge;
- 3. Verbot der Anrechnung der geleisteten Rohstoffe oder Materialien, Erziehung von paritätisch zusammengesetzten Lohnkommissionen mit der Befugnis, für die Berufe, die nicht durch umfassende Tarifverträge die Regelung der Löhne herbeiführen können, allgemein gültige Minimallohne festzusetzen.

Auf das entschiedenste protestiert der Kongreß gegen die Zurücksetzung der Heimarbeit in der Reichsversicherungsordnung, insbesondere gegen die rechtlose Stellung in den Landtrankentassen und die Ausschaltung der Heimarbeiter in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

Der Kongreß wendet sich an die Heimarbeiter mit der dringenden Aufforderung, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, damit sie ins Lande sind, im Anschluß an die übrige Arbeiterschaft ihre wirtschaftlichen Interessen mit den Kampfsmitteln der Gewerkschaft durchzusetzen und der Gesetzgebung gegenüber mit mehr Nachdruck ihre berechtigten Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Erschütternde Glendebilder waren es, die Reichmann (Tabalarbeiter) in einem Referat über Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz gab. In der Diskussion wurden diese Bilder vervollständigt. Noch einmal wird der Versuch gemacht — diesmal durch den Gewerkschaftskongreß — das Hausarbeitsgesetz den Wünschen der Arbeiter gemäß zu gestalten. Die Erziehung von Lohnämtern ist die Hauptforderung, die Reichmann auch wieder in den Vordergrund rückt. Er sprach dafür, daß in das Arbeitskameratengesetz eine Bestimmung aufgenommen werde, nach der Spezialämter für die einzelnen Industrien den Heimarbeiterschutz überwachen und fördern und die Löhne festsetzen können.

Genosse Sinn vom Verband der Blumenarbeiter schilderte den Unfug, der gegenwärtig mit den Blumenlagen, getrieben wird, und wie sich die dabei sichtbar zur Schau getragene Wohlthätigkeit zum Teil in weitere erscheidende Ausbeutung der Heimarbeiterinnen umsetzt. Die Unternehmer werden im Interesse der Wohlthätigkeit zu billigen Vergabe der Margueriten veranlaßt. Sie drücken die schon erbärmlichen Löhne der Heimarbeiterinnen noch weiter, und so führt die Hochkonjunktur des Gemerbes zu weiteren Verschlechterung der elenden wirtschaftlichen Lage der Arbeiterinnen. — Stähler vertrat unter lebhaftem Beifall des Kongresses energisch den Standpunkt, der gewerkschaftlichen Selbsthilfe, da alle Kongreßbedingungen auf die Gesetzgeber wirkungslos bleiben. — Bium zeigte an dem Anschluß des Tarifvertrages im Portefeuillegewerbe, wie es schon sehr möglich sei, eine Beschränkung der Hausindustrie herbeiführen und eine Grundlage für eine gesetzliche Regelung zu schaffen.

In seinem Referat über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

holte Robert Schmidt weit aus. Er schilderte zunächst die riesige industrielle Entwicklung in Deutschland, die Konzentration des Kapitals, die Einflüsse der Kartelle und Syndikate und die riesige Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in Landwirtschaft und Handel. In engem Zusammenhang mit dieser riesigen Entwicklung stehe die Sozialpolitik.

Nicht der Lohn sei für den Warenpreis bestimmend, sondern das produktive Kapital. Durch Arbeiterstreik müßten die Wunden geheilt werden, die die Industrie schlägt. Redner weist den Vorwurf, daß die deutsche Industrie durch die Arbeiterversicherung zu stark belastet werde, zurück und führt aus, daß in einzelnen Industrien diese Belastung 1/3 bis 1 Prozent beträgt. Eine Kritik erklärt danach durch den Redner die jetzige Arbeiterversicherung. Er meint, wir erkennen nicht den guten Kern der Arbeiterversicherung, wünschen aber eine Verbesserung und den Ausbau derselben. Das sollte bei der Versicherungsordnung geschehen, war aber nicht möglich. Deshalb könnten wir nicht aufhören, wenn die Arbeiterversicherungsgeetze nur genannt würden. Nicht sei es zu glauben, daß die soziale Gesetzgebung ein wohlwollendes Geschenk für die Arbeiter sei. Die gewerkschaftlichen Organisationen hätten dazu den Anstoß gegeben. Unter wiederholten Zustimmungen hält Schmidt Abrechnung mit den christlichen Gewerkschaftsführern. An der Hand aus christlichen Kongressen von ihnen getanen Anstrengungen und ihres Verhaltens im Reichstage zeigt er ihr schwankendes Verhalten und wie sie die Rechte der Arbeiter grüßlich verstoßen haben. — Der Kongreß nahm unter gespannter Aufmerksamkeit das Referat entgegen, und obgleich nach der Geschäftsordnung des Referenten nur eine Stunde Redezeit zuließt, wurde Schmidts Redezeit verlängert auf zwei Stunden.

Politische Rundschau.

Hülfringen, 28. Juni.

Die Regierung läuft davon!

Wer noch nie in seinem Leben einen Minister laufen gesehen hat, der hatte am letzten Dienstag im preussischen Dreiflaßenhause Gelegenheit, dieses leizene Schauspiel zu genießen.

Endlich war es trotz aller Mühen und Tüden des Zentrums gelungen, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Hauses zu bringen; doch nur zu bald sollte sich zeigen, daß damit die politische Resistenz gegen die wichtige Aufgabe der Gegenwart noch nicht völlig gebrochen war. Raum hatte nämlich der große Herr Traeger das Podium erklommen, um seinen Antrag auf Einführung des Reichswahlrechts zu begründen, als plötzlich der Minister v. Dallwitz seine Klappe unter dem Arm packte und geräuschlos durch das nahe gelegene Seitentürchen hinausgiß. Aber nicht er allein, alles was da auf der Regierungsbank saß und sprach, schien von einer wilden Panik ergriffen. In einem Theater, in dem jemand „Feuer!“ ruft, kann es nicht anders sein. Im Nu dallitzte sich ein schwarzer Anhauf von Geheimräten vor dem ministeriellen Notausgang zusammen, und ehe Herr Traeger den ersten Satz seiner Rede beendet hatte, bildete eine Reihe glänzlich leerer Ministerstühle melancholisch in den sonst dicht gefüllten Saal. Die Regierung hatte sich gedrückt!

Herr Bethmann-Hollweg! Noch nie hat eine Regierung mit so rückhaltloser Offenheit ihre letzten Gedanken enthüllt. Mut und Wahrheitsliebe ziemt dem Namen. Der preussische Ministerat hätte eine peinlich diplomatisch ausgelegte und abgefeimte Erklärung abgeben können, nach der man ebensolange gewesen wäre wie zuvor. Er hat es aber verstanden, Worte zu suchen, um seine Gedankenlosigkeit zu verbergen, sondern mit schmerzlicher Rücksichtslosigkeit bekennt er sich zu dem philosophisch-bescheidenen Grundsatze: „Alles, was ich weiß, ist, daß ich nichts weiß.“ Die Räte der königlichen Krone von Preußen erklären durch eine symbolische Handlung, daß ihnen angesichts der dringlichen Entwicklung der preussischen Wahlrechtsfrage der Verstand streben geblieben ist. Das war — man muß den historischen Augenblick festhalten — am 27. Juni 1911, drei Uhr und einundzwanzig Minuten.

Nein, man soll nicht von Unerschämtheit reden! Nicht von frecher Herausforderung des Volkes! So hätte man vielleicht angesichts eines ähnlichen Vorgangs vor Jahren sprechen dürfen, als die Partei noch anders stand, als eine für „hart“ haltende Regierung noch glauben konnte, sie könne die preussische Wahlrechtsbewegung als nicht vorhanden betrachten, jede Wahlreform für absehbare Zeit verhindern. Damals wäre die Verweigerung einer Antwort eine Herausforderung gewesen. Heute, drei Jahre nach der Thronrede, die die Wahlreform als die wichtigste Aufgabe der Gegenwart bezeichnete, wenige Wochen nach der Verabschiedung der elass-losbringenden Verfassungsfrage, ist das passive Verhalten der Regierung nicht mehr als Zeichen einer auch nur eingebildeten Stärke zu betrachten, es ist weiter nichts als ein Symptom jenes Zustandes der Schwäche und Kollapsigkeit, in dem sich die demütigendste preussische Regierung befindet. Die verantwortlichen Vertreter der preussischen „Staatsautorität“ sind keine schamhaften Propagandisten, sie sind bloß arme Bureaukraten, die den Kopf verloren haben. Es genügt daher festzustellen: Die Regierung seiner Majestät traut sich nicht, über die wichtigste Frage der Gegenwart eine Meinung zu haben.

Und so etwas heißt in Preußen Regierung!

Im übrigen hat die Debatte vom Dienstag gezeigt, daß sich in der Haltung der Parteien in der Wahlrechtsfrage nichts geändert hat. Wohl besteht eine starke Majorität, die eine Wahlreform für notwendig erklärt, aber wie diese Wahlreform aussehen soll, darüber gehen die Meinungen noch immer weit auseinander. Das Zentrum beharrt bei seiner perfiden Taktik, das gleiche Wahlrecht als wünschenswert, aber zurzeit nicht erreichbar hinzustellen, es will sich mit schrittweisen Verbesserungen begnügen, d. h. die Wahlreform so machen, daß das Fraktionsinteresse nicht gefährdet wird. Die Nationalliberalen aber haben andere Fraktionsinteressen, sie wollen daher auch eine ganz andere Wahlreform: das Wahlrecht soll nicht gleich, sondern abgestuft sein; die Wahlbezirke, an denen das Zentrum nicht rühren will, sollen neu eingeteilt werden, aber nicht nach der Bevölkerungszahl. Herr Schiffers Rede gegen das

Reichstagswahlrecht überbot an Entschiedenheit das Meiste, was man von konservativer Seite zu diesem Thema zu hören gewohnt ist.

Für den braven alten Herrn Traeger, der sich noch immer einbildet, Mitglied einer Fortschrittspartei zu sein, war es gewiß ein eigenartiges Gefühl zu sehen, wie der „Mißkämpfer“ vom anderen Tische des „Gesamtliberalismus“ mit Keulenschlägen gegen seinen Antrag vorgeht, wie er gegen „jügellose Demokratie und Oligarchie (Wahlrechtsreform)“ loszog und wie er sich in seinem absehbaren unausfruchtlichen Bemühen zum Reichstagswahlrecht im Reich unter den geschickten Zwischenrufen Keiners derart verhedderte, daß er nicht mehr aus noch ein wußte. Zu solchen Bundesgenossen kann man dem Fortschritt wirklich nur gratulieren, sie werden im Wahlkampf die angemessensten Erfahrungen mit ihnen machen. Denn darüber kann ja kein Zweifel sein, daß der Fortschritt, der mit den Nationalliberalen überall gemeinsame Kandidaten aufstellt, den Reichstagswählern für die neueste Schifferrede ebenso verantwortlich ist wie der Nationalliberalismus selbst.

Die geschwähnte Raschigkeit des preussischen Dreiflaßenhauses macht keinen besten Eindruck als die schweigende Regiertheit. Schließlich lehte der posthume Widerwärt der „Abstimmung“ — Kfensformel nannte sie ein nicht ganz parlamentarischer Zwischenruf — dem Ganzen die Krone auf. Der Antrag der Nationalliberalen auf getrennte Abstimmung wurde verworfen und der ganze Antrag gegen eine aus Sozialdemokraten, Fortschrittlichen und Polen bestehende Minderheit abgelehnt. Also die Regierung und Haus so: die Wahlreform ist nötig, Krone, Regierung und Haus geben es zu. Aber die Abgeordneten wissen sich keinen Rat und die Minister laufen davon. Dem Volk aber bleibt der Trost, daß keine Wahlreform noch an der Unwilligkeit und Unfähigkeit der getragenden Faktoren gescheitert ist. Andere Völker haben sich in ähnlichen Schwierigkeiten befunden und haben sie zu überwinden gemußt. Auch das preussische Volk wird aus der Bewirung den Ausweg finden und zu seinem Recht gelangen, wenn es sich gegenüber seinen Gegnern einen Vorzug bewahrt: wenn es weiß, was es will!

Deutsches Reich.

Zum Proseß Jatho. Die parteiöffentliche „National-liberale Korrespondenz“ bläst zum Sturm. In ihrer Dienstag-Ausgabe schreibt sie: „Das 20. Stäfium und dieser „Lehrproseß“ wider den harten Rheinländer, dessen Glauben die Kraft hatte, eine zahllose Gemeinde, welche die petrefakte Kirche nicht mehr halten konnte, dem religiösen Gedanken zurückzugewinnen! Das Spruchkollegium hat nicht über Jatho, sondern über der Kirche den Stab gebrochen, welche die Wahrheitslüder nicht mehr vertragen kann! Die deutsche Reformation erhob den persönlichen Glauben, den religiösen Individualismus zum obersten Prinzip. Und vier Jahrhunderte später soll die protestantische Kirche soweit sein, dieses Prinzip verweigern zu müssen, um sich am Leben zu erhalten? Nun, die Spruchrichter werden an der Antwort der gebildeten Strelie schwerlich viel Freude haben. Sie haben unter das religiös gerichtete Element unserer Bevölkerung, das ständig im Wachen ist, den Feuerbrand geschleudert und mit der Disqualifizierung des einen Jatho hundert anderen den Bannern mit gemißet. Und wenn sie für den Wind, den sie schlägt, Sturm erwarten, so wird das freihetlich gekannte Deutschland seine Freude daran haben.“ — Man wird auf daran tun, dieser Kampfanlage nicht allgütige Bedeutung beizulegen. Kommt sie doch von — nationalliberaler Seite!

Die liberalen Geistlichen von Groß-Berlin erlassen die nachstehende, bereits von einer großen Anzahl linksstehender Pfarrer unterzeichnete Protesterklärung: „Wir erbilden in der Tatsache der Amtsentlassung Jathos, dessen Jethas-jüngerchaft unübersehbare vor aller Welt klar daliegt, eine unabsehbare Schädigung der Religion unserer evangelischen Landeskirche. Wir werden unbedrückt durch alle Folgen unserer Verurteilung des Evangeliums, allein unserer Gewissensüberzeugung folgend, im protestantischen Geiste nach wie vor ausstehen.“ Die liberale Geistlichkeit der Rheinprovinz will eine gleichlautende Protestklärung erlassen.

Staatsrettung. Auf der Rückreise vom Internationalen Textilarbeiter-Kongreß in Kopenhagen hielt der Genosse Brelina von der Union der Textilarbeiter Oesterreichs in einigen Orten des hamburgischen Staatsgebietes Vorträge in Versammlungen, die von der Polizei in keiner Weise belästigt wurden. Als jedoch Genosse Brelina nach Harburg kam, um den dort öffentlich angekündigten Vortrag zu halten, wurde er sofort aus dem Polizeibureau beschieden, wo ihm der Befehl übergeben wurde, als lärtiger Ausländer das preussische Staatsgebiet sofort zu verlassen. — Hier ist also wieder einmal der Staat oder eigentlich der Profit der Textilunternehmer gerettet worden.

Stadtverordnetenwahlen in Baden. Der bürgerlichen Presse wird aus Karlsruhe gemeldet: Bei den Stadtverordnetenwahlen der zweiten Klasse, die nach dem System der Proportionalwahlverfahren stattfanden, errangen hier die Nationalliberalen 10, die Fortschrittliche Volkspartei 8, das Zentrum 8 und die Sozialdemokraten 8 Sitze. Bei den Wahlen der ersten Klasse in Pforzheim wurden 30 Mitglieder der bürgerlichen Vereinigung und 2 Zentrumsteute gewählt, während die Sozialdemokraten, auf die 1500 Stimmen entfallen waren, leer ausgingen.

Rußland.

Die Korruption. Der zur Rektion der sibirischen Bahn entsandte Senator Graf Reben hat der „Voll. Zeitung“ zufolge festgestellt, daß zwölf mit Bahnmateriale beladene Waggons von Bahnbeamten ausgeraubt und der ganze Zug daraufhin zur Vernichtung der Spuren in Brand gesetzt wurde. Ohne die Rektion wäre dieser Fall, obgleich das Bahnmateriale an zahlreiche Händler verkauft worden war, unentdeckt geblieben.

Türkei.

Zur Albanenfrage. Es liegen dazu folgende Meldungen vor: Dem „Sinn“ zufolge wurde in dem Minister-rat, der nach der Rückkehr des Sultans abgehalten wurde, auf Anregung des Oberkommandierenden von Albanien beschlossen, die den Maflioren zur Unterwerfung eingekümdete Frist um 14 Tage zu verlängern. Das Blatt betont, Montenegro ist verpflichtet, die künftigen Maflioren zu entwaffnen. — In Sofkresien verlautet, daß es während des letzten Teiles der Sultanreise zwischen dem Großvezir Hattı Vahda und dem Kriegminister Namud Schewet Vahda wegen der Albanenfrage zu einem heftigen Streit gekommen sei, der ohne das Eingreifen des Sultans zu persönlichen Beleidigungen geführt hätte. — Aus unterirdischen Kreisen verlautet der „Voll. Zit.“ zufolge, daß ein gemeinsamer Schritt der Mächte bei der Pforte in der albanesischen Frage unmittelbar bevorstehe.

Marokko.

Eine Gelegenheit zum Anstich befreit. Zu der Nachricht von der Besignahme eines einer deutschen Firma in Cabablanca gehörenden Grundstücks durch französische Truppen ist nach der „Adm. Zit.“ in Berlin die Meldung eingegangen, daß von französischer Seite sofort der Befehl erteilt worden ist, die Truppen zurückzuziehen und das deutsche Grundstück freizugeben.

Kleine politische Nachrichten. Die französische Deputiertenkammer und der Senat haben das sechente Budgetgesetz bewilligt, das auch die Mittel für Durchführung der Altersversicherung enthält. — Das ungarische Abgeordnetenhaus hat ein Gesetz, das die Raucherzeit der Frauen verbietet, angenommen. — Der Präsident Zati hat einen Oberst Harward in einem Briefe befragt, weil er einen jüdischen Soldaten wegen dessen Religion und Rasse schlechter wie andere behandelt hat.

Gewerkschaftliches.

Zum Ausland der Seelente liegen heute folgende Nachrichten vor:

Liverpool, 27. Juni. Die Pacific-Dampfergesellschaft, von der fünf Dampfer gestern infolge des Ausstandes nicht auslaufen vermochten, bewilligte heute die Forderungen der Ausständigen.

Hull, 27. Juni. Die Ausständigen brachten den Schiffahrtsverleiher zum Stillstand und weigern sich, zu gestatten, daß die Ladungen an Land geschafft werden. Die zwischen der Stadt und den Docks verkehrenden Hauptzüge laufen nicht mehr.

Sunderland, 27. Juni. Der Ausstand der Dockarbeiter brachte hier die Schiffahrt vollständig zum Stillstand. 300 Zimmerer stellten aus Sympathie mit den Dockarbeitern ebenfalls die Arbeit ein.

Amsterdam, 27. Juni. Auf 20 von den 35 im Hafen liegenden Schiffen ruht die Arbeit.

Antwerpen, 28. Juni. In einer Versammlung der ausländischen Seelente wurde beschlossen, daß der Verteilungsausschuß sich heute zu den Rednern begeben wird. Wenn er keine Lohnzulage durchgehen kann, soll der Generalstreik erklärt werden. Die Hafenarbeiter haben sich mit den Seelenten solidarisch erklärt.

London, 28. Juni. Die Schiffahrtszeitung teilt mit, daß die Redner den Vorschlag beraten, zu einer Art Normal-löhne zu gelangen, die in den maßgebenden Häfen zu gewahren wären. Das bedeutet ohne Zweifel, daß beschlossen wurde, etwas erhöhte Löhne zu zahlen.

Liverpool, 28. Juni. Hier sind die Redner überein gekommen, den Gesellschaften freie Hand zu lassen, ob sie die Forderungen der Seelente verweigern oder bewilligen wollen. Die Ausständigen sehen den Befehl als ein Zeichen des baldigen Endes des Streiks an. Die Streikenden einigen sich heute auch bereits mit sieben Redneren.

Hull, 28. Juni. Hier stoch der große Dampfer verleiher. Erste Irrtümer kamen nicht vor. Die Eisenbahn wird durch Ausfall des Warenverkehrs schwer geschädigt. Geldern wurde in einer Versammlung der Seelente mitgeteilt, daß die Eisenbahnarbeiter heute in den Ausstand treten wollen. Es besteht Grund zu glauben, daß der Streik innerhalb der nächsten 24 Stunden beilegt wird.

Estales.

Hülfringen, 28. Juni.

Eine gemeinsame Sitzung des Magistrats und des Gesamtstadtrats findet morgen (Donnerstag), vormittags 8 Uhr, statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bauordnung, zweite Lesung.
2. Statut über den Schutz der Arbeiter bei Bauten, zweite Lesung.
3. Ortsstatutenstatut, zweite Lesung.
4. Abfuhrstatut, zweite Lesung.
5. Fortbildungsschulstatuten.
6. Grundstücksachen.
7. Beleuchtungsachen.
8. Verschleudenes.
9. Feststellung der Vorschläge für 1911/12.

Es ist beabsichtigt, die Vorschlagsverhandlungen am Freitag fortzusetzen.

Verleihung der drei Ständesamtsbezirke in Hülfringen. Das Amt gibt in den bürgerlichen Blättern — die Leser der Arbeiterpresse sollen scheinbar nichts davon gewahr werden — unterm 25. d. M. folgendes bekannt: „Auf Grund des § 2 des Personenstandsgesetzes hat das Großherzogliche Ministerium bestimmt, daß vom 1. Juli d. J. an die bisherigen Ständesamtsbezirke Heppens, Bant und Neuende zum Ständesamtsbezirk Hülfringen vereinigt werden. Die von dem Bürgermeister der Stadt Hülfringen erfolgte Uebertragung der Geschäfte des Ständesamts an den Registrator Witten zu Hülfringen, Friederikenstraße Nr. 64, wohnhaft, ist von dem Großherzoglichen Ministerium genehmigt worden. Das Ständesamtslokal befindet sich vom 1. Juli ab im Hause Bismardstraße 7.“

Voranzeige!

Am Sonnabend den 1. Juli cr.

beginnt unser

Sommer-Räumungs-Ausverkauf!!

Auch in diesem Jahre beabsichtigen wir die vollkommene Räumung unserer Saison-Artikel. Die Preise sind daher

so erheblich reduziert

besonders in **Blusen, Kostümröcken, Unterröcken, Kinderkleidern etc.**
 :: dass derartige Kauf-Vorteile von keiner Seite geboten werden können. ::

— Ausführliches Preisangebot folgt Freitag. —

J. Margoniner & Co.

Marktstrasse 34.

Gökerstrasse 8.

Bürgerverein Bant.

Sonnabend den 1. Juli,
abends 8¹/₂ Uhr:

Versammlung

im Vereinslokal „Odeon“.

— Tagesordnung: —

1. Sedung und Ausnahmen.
2. Kommunales.
3. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder erlucht

Der Vorstand.



**Freiwill. Feuerwehr
Rüstingen III
(früher Neunde).**

Freitag den 30. d. Mts.
abends 8 Uhr:

**Übung i. v. M.
Das Kommando.**

Kaiserkrone.

(Volkstheater.)

Heute und Donnerstag:

Eine tolle Nacht.

Freitag den 30. Juni:

**Der Viehhändler von
Oberösterreich**

Volksharakterstück mit Gesang in
4 Akten: Außerordentlicher Erfolg.

Damenrad gestohlen

Marke „Corjo“.

Wiederbringer erhält Belohnung
in der Pastorei Seppens.

Sämtliche Drucksachen fertigt an Paul Hug & Co.

Zigarren-Ausverkauf!

◆◆ von heute ab bis zum 14. Juli d. J. ◆◆

Wir beabsichtigen, am 16. Juli d. Js. an der

Roonstr. 107, Ecke Kronprinzenstr. (Hempels Hotel)
ein Spezial-Zigarrengeschäft zu errichten, in welchem wir, auf
Grund unserer langjährigen Praxis und grossen Kenntnisse in
der Zigarrenbranche, in Verbindung mit den grössten Zigarren-
Fabriken, jeden, selbst den verwöhntesten Raucher
zufriedenstellen wollen.

Um nun das kürzlich übernommene

grosse Zigarren-Lager

bis zur Eröffnung abzustossen, verkaufen wir das
gesamte Zigarren- und Zigaretten-Lager

zu jedem annehmbaren Preise aus.

Jedem Raucher ist die se tene ausserordentlich
günstige Gelegenheit geboten,

Zigarren und Zigaretten

ganz bedeutend unter Preis einkaufen zu können.

Max Rauer & Co.

Fernspr. 849. Wilhelmshaven. Fernspr. 849.

Kaiserstrasse 130 :: Ecke Friedrichstr.

Bezirksführer!

Die Quartalsabrechnung er-
folgt am Donnerstag u. Freitag.

Bezirk 26.

Donnerstag, 29. Juni,
abends 8¹/₂ Uhr:

Versammlung

bei Nummer, Kaffee.

Der wichtigen Tagesordnung halber
ist vollständiges Erscheinen sehr not-
wendig.

Billetblocks bei Paul Hug & Co.

Codes-Anzeige.

Gestern nachmittag 2¹/₂ Uhr
starb nach langem Leiden unser
guter Sohn und Bruder

Bruno

im blühenden Alter v. 18 Jahren.
Dies bringen mit der Bitte um
fülle Teilnahme tiefbetrußt zur
Anzeige

Rüfsteigen, 28. Juni 1911.

V. Saländer u. Familie.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend den 1. Juli, nachm.

2¹/₂ Uhr, vom Sterbehause,

Odenburger Str. 19, aus nach

dem Friedhof in Schaar statt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Ableben unseres
lieben Enkelsohnes, des Schiffs-
zimmermanns **Veruh. Wachten-**

dorf, sagen allen Beteiligten auf

diesem Wege herzlichen Dank

Gottfried Franke u. Familie

nebst Angehörigen.

Norddeutsches Volksblatt

8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. B. Dresden, den 27. Juni.

Zum Bericht Regiens, den wir in letzter Nummer d. Bl. ebenso wie den Schluß der geistigen Verhandlungen nur andeutungsweise wiedergeben konnten, veröffentlichten wir noch folgendes:

Der Hamburger Beschluß bezüglich der Landarbeiter- und der Hausangestelltenorganisation ist ausgeführt worden. Diese Organisationen erscheinen nicht im Bericht, zum Teil, weil sie nicht überall das Koalitionsrecht haben — gewerkschaftliche Arbeit können sie trotzdem sehr wohl verrichten, nur ist sie an den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gebunden. Wir haben gar nicht darauf gerechnet, in so kurzer Zeit 12 000 reine Landarbeiter zu organisieren. (Brauo!) Im Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigten kann man freilich gar nicht von einem Prozentverhältnis sprechen. Durch die Aufnahme in die Tabelle würde nur das Gesamtergebnis ungünstig beeinflusst. Selbstverständlich dürfen hier Mittel nicht gepart werden. Daraus ist uns hier und da ein Vorwurf gemacht worden, weil die Organisationsaufgabe dieser Schichten noch unklar ist, während durch ein Arbeitersekretariat in einem industriellen Bezirk viel gemacht werden kann. Wo das Arbeitersekretariat agitatorisch wirkt, wie in Oberhessen und Lothringen, haben wir nicht gepart. Aber diese Reichstagsstellen für einzelne Bezirke müssen die Arbeiter des Bezirkes erhalten, denen diese Stellen ausschließlich zugute kommen. Immerhin sind auch dafür recht erhebliche Beihilfen gewährt worden, wenn die Aussicht besteht, daß bald die lokale Organisation stark genug sein wird. — Durch Anstellung von Gewerkschaftsbeamten mit den Christlichen zu konkurrieren, müssen wir absehen. Wieso sie es können bei ihren Beiträgen, weiß ich nicht. (Sehr gut!) Und unsere Bewegung hat viel zu große innere Kraft, als daß es von der Beamtenanstellung abhängen würde, daß die Arbeiter zu uns kommen (Zustimmung). Trotz all der enormen christlichen Agitation sind sie über eine bestimmte Höhe nicht hinausgekommen, wir aber haben 2 1/2 Millionen Mitglieder (Zustimmung).

Die Erfahrungen mit Gewerkschaftsschülern sollten uns zu großer Vorsicht mahnen. Werden dadurch die Arbeiter eines Ortes materiell angewöhnlich belästigt, so erlärmt die Agitation. Allen erfüllbaren Anforderungen haben wir Genüge getan.

Über unsere Unterrichtskurse gab es verschiedene Auseinandersetzungen. Ihr Wert wird ja auch aus den Berichten der Besucher zu beurteilen sein. Die Kursteilnehmer haben bisher ausnahmslos erklärt, daß ihnen diese Kurse wesentlich nützen. Die ursprünglich vorhandenen Mängel sind inzwischen beseitigt worden. So ist die Verlängerung der Kurse auf sechs Wochen eine bedeutende Verbesserung. Die Ungleichheit der Entscheidung ist jetzt aus der Welt geschafft, ein gleichmäßiger Distanz ist eingeführt. Eine Vereinigung von Gewerkschaften und Parteischule entspricht meines Erachtens nicht dem verschiedenartigen Charakter der beiden Schulen. Der Zweck dieser Kurse ist nicht die volle Ausbildung des Teilnehmers, ihre Aufgabe soll sein, den Teilnehmern den Weg zur vollen Ausbildung zu zeigen. Wenn wir nicht ein Wissen vermitteln können, das der Berufende aus seiner Berufsarbeit heraus sich verschaffen kann, dürfen wir ihn nicht zu lange der Berufsarbeit entziehen. Die sonst entscheidende Verantwortung für anderweitige Unterbringung können wir nicht übernehmen. Bei der Parteischule liegen die Dinge wesentlich anders.

Was die Heranziehung unserer Lehrkräfte betrifft — die beiden, um die es sich bei der Anteil handelt, waren früher Sozialdemokraten; wollen Sie uns unsere Ingenieurlehrer Professor Sommerfeld zum Eintritt in die Sozialdemokratie zwingen? (Heiterkeit und Sehr gut!) — So halten wir uns ausschließlich an die wissenschaftliche und sachliche Eignung. (Sehr richtig!) Sogar die Parteischule kann sich dahin entwickeln, daß ein Wissenschaftler behandelt wird, für das kein sozialdemokratischer Lehrer zur Verfügung steht. Namens der Generalkommission habe ich folgende Erklärung abgegeben:

„Für die Heranziehung und Inanspruchnahme der Vortragenden in den Unterrichtskursen soll allein der Umstand maßgebend sein, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind und die Materie wissenschaftlich einwandfrei behandeln. Voraussetzung muß jedoch sein, daß volles Vertrauen der Kursteilnehmer zu dem Vortragenden vorhanden ist, damit nicht durch mangelndes Vertrauen der Erfolg in Frage gestellt wird.“

Dieser Erklärung haben sich die Zentralvorstände angeschlossen. In den regelmäßigen Teilnehmerbesprechungen ist nie irgend etwas gegen die Lehrkräfte gesagt worden. Ich glaube, daß Sie mit dieser unserer Haltung einverstanden sein werden. (Zustimmung.)

In der Statistik haben wir manche Berührung mit den Staatsbehörden gehabt. Ich glaube zu sehr an den Sozialismus, als daß ich durch Berührung mit den Staatsbeamten an meiner Ueberzeugung Schaden nehmen könnte. (Große Heiterkeit.) Freilich ist die amtliche Statistik vielfach nicht geeignet, unsere Mitarbeit zu fördern. Der frühere Leiter des Statistischen Reichsamts, Geheimrat Wilhelm, hat mich sehr gesagt: Wir haben dieselben Empfindungen wie Sie, wir wissen, daß wir in der Statistikstatistik Falsches veröffentlichen. (Hört! hört!) Der Mann ist tot, deshalb darf ich es ja erzählen, ohne ihm zu schaden. Man verfolgt mich mit der Statistik immer noch die Tendenzen der Zukunftsvorlage. (Sehr richtig!)

Diese Behörden tragen die Verantwortung für die

falsche Statistik. Wir sehen auch hier wieder den kolossalen Einfluß der Unternehmer. (Allgemeine Zustimmung.) Ein trauriger Widerspruch gegen Recht, Gesetz und Handelsverträge ist das ständliche System des Legitimationsartenzwanges auf die ausländischen Arbeiter. Da ein Reichstagsbeschluß ergebnislos blieb, macht man jetzt die betreffenden ausländischen Regierungen in ihren Parlamenten darauf aufmerksam. — In der Kaiserfrage wurde nach Ablehnung der Hamburger Basis durch den Nürnberger Parteitag eine neue Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften in Leipzig genehmigt. Akzeptieren Sie sie womöglich ohne Diskussion. Nach ein paar Jahren werden wir ja sehen, ob Änderungen nötig sind.

Zwischen der Generalkommission und einzelnen Parteiorganen und Parteischreibern sind etliche Differenzen gewesen. Aber zwischen Parteivorstand und Generalkommission besteht vollste Einmütigkeit. Diese Erklärung werden die Christlichen natürlich wieder ausnützen. Aber dadurch sind wir noch nicht sozialdemokratische Gewerkschaften. Wir können gar nicht anders, als in vielen Dingen mit der Partei zusammenzugehen. Allen auch ohne gesetzliche Notwendigkeiten wäre es wohl zu einer Zweiteilung der Arbeiterbewegung gekommen, weil sie die Praxis erforderlich machte. Der politische reife Teil unserer Mitglieder gehört eben zur Sozialdemokratie. Die Heiß-Dunderstehen und Christlichen sichern sich auch politische Vertretung. Aber ist es denkbar, daß Arbeiter dem Zolltarif und den indirekten Steuern, dem Militarismus und dem Militarismus zustimmen können? Der naturnotwendige Zusammenhang, wie er zwischen unsern Mitgliedern und der Sozialdemokratie besteht, besteht bei den christlichen Arbeitern und ihrer parlamentarischen Vertretung also nicht. Sozialdemokratische Gewerkschaften wären wir jedoch nur, wenn wir als Bedingung für die Aufnahme das Bekenntnis zur Sozialdemokratie forderten.

Wir reagieren nicht auf alle Angriffe, dazu ist das Korrespondenzblatt nicht da. Anders lag es bei der Frage: Ist gewerkschaftliche Arbeit Sippusarbeit? Wer wenige Jahrzehnte zurückblickt und unsere heutige Arbeiterkraft anschaut, der kann von Sippusarbeit nicht sprechen trotz Zolltarif und allem anderen. (Leb. Zust.) Das Ergebnis der langen Polemik mit Rautsch war die ziffernmäßige Darstellung dessen, was einzelne Organisationen erreicht haben. Dann kam die Diskussion über die angebliche Entfremdung der Gewerkschaftsbeamten aus der Sphäre des Proletariats. Dagegen mußten wir doch Front machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wie viele Gewerkschaftsbeamte haben ihren Fonds an Kraft für die Arbeiterkraft aufgebraucht? Und ein Schreibe, der vielleicht jetzt in die Partei hineinkrallt und auf der andern Seite wieder hinaus (lebhafte Zustimmung), der soll diese enorme verdienstlose Arbeit als Uebel zu bürgerlichen Anschauungen bezeichnen dürfen? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ja, und der Ton! Mit Seide näht man keinen groben Sack. Wir haben — „materialistisch“ und „marxistisch“ wie er — Panmetosche Auffassung der persönlichen Verhältnisse der Gewerkschaftsbeamten keinen persönlichen Verhältnisse gegenübergestellt. (Beifall.) — Gompers schließlich, der dritte Anker zu einer Diskussion, kam nach Deutschland nicht als Vertreter der „Einigkeit“, sondern als Vertreter einer der größten Gewerkschaftsorganisationen der Welt, und danach hatten wir ihn zu behandeln. Was hatte ich nach am Bericht zu ergänzen. (Lebhafte Beifall.)

Cohen-Berlin beantragt, dem Kaiserer Rube die Entlastung zu erteilen, da die Revisionen tadellose Ordnung ergeben haben.

Die Diskussion.

Mehrere Anträge werden zurückgezogen, so die auf Verschmelzung der Partei- und Gewerkschaftsschule, auf Heranziehung nur sozialdemokratischer Lehrer und auf Verhandlung der Kaiserfrage auf dem nächsten Internationalen Kongress, die meisten Anträge werden nicht genügend unterstützt. Nicht unterstützt wird auch folgender Antrag des Zweigvereins Bremen des Deutschen Bauarbeiterverbandes: „Es sind in Zukunft die Arbeitsprodukte des Herrn Galwer im Korrespondenzblatt nicht mehr aufzunehmen, weil diese den Klassenkampf nicht fördern, sondern hemmen, weil erwiehenermaßen verschiedene seiner Schriften in bester Weise die Sache des Kapitals, des Gegners des Proletariats, befordern.“

Ein Antrag auf Einsetzung einer elfgliedrigen Kommission für die Angelegenheiten der Gewerkschaftsschule wird genügend unterstützt.

Dupont (Bildhauerverband) begründet den Antrag, eine von der Generalkommission zu verwaltende Zentralkasse für besonders große autofortrierte Kämpfe zu schaffen. Die jetzige Form der Sammlungen wird sich nicht immer durchführen lassen. Wir haben den Antrag nicht gen. gestellt, aber es ist nötig, die Zentralvorstände mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Da Saar begründet einen Antrag auf besondere Förderung der Hausangestelltenorganisation, deren Mitgliederzahl auf 4918 gestiegen ist. Die Christlichen und Hausfrauen bieten alles gegen unseren Verband auf. Wir brauchen namentlich Hilfskräfte, die nicht erlahmen, wenn die Arbeit größer ist als der Erfolg.

Cohen-Berlin empfiehlt folgenden Antrag: „Bei Aussparungen, deren Abwehr infolge ihres Umfangs nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. Jedoch muß bei der Beitragsfestsetzung entsprechend der finanziell geringeren Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen ein Unterschied zwischen männlichen und

weiblichen Mitgliedern gemacht werden. Die Art der Aufbringung der Mittel bleibt den Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinaus gehen. Ueber die Notwendigkeit derartiger Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen.“

Wir wollen keinen Generalfonds und halten ihn für schädlich. Die in Köln geregelte Art der Sammlungen kann aber nicht bestehen bleiben. Heute sind die Sammlungen ein Barometer für die Arbeitgeber zur Beurteilung des Standes der Kämpfe. Dieser Blick in unser Geldspind muß den Arbeitgebern verwehrt werden. Wir können aber nach unserem Antrag auch die Lasten etwas gleichmäßiger als bisher verteilen. Heute drückt sich eine Anzahl Mitglieder, sogar eine Anzahl Organisationen, und die, die ihre Pflicht tun, haben um so schwerer zu tragen. Bei dem großen Kampf in Schweden haben wir pro Woche rund 100 000 M. einkommen, das entspricht 5 Pfg. pro Woche für das Mitglied unserer Gewerkschaften. Bei sehr großen Kämpfen muß jedem organisierten Arbeiter die Durchführung doch 5 Pfg. pro Woche wert sein, und dieser Betrag kann, selbst wenn der Kampf noch so lange dauert, nicht zu schwer werden. Bei einem 10 Pfennig-Beitrag bekommen wir 200 000 Mark pro Woche, wenn wir annehmen, daß die Viertelmillion über 2 Millionen hinaus Arbeitlose oder Kranke sind. Wir wären also in der Lage, pro Woche doppelt so viel an Unterstützung zu leisten, als was wir für die Schweden geleistet haben. Und keine Unternehmerorganisation würde sich, um nicht lächerlich zu werden, getrauen zu sagen, daß die Arbeiter nur ganz kurze Zeit in der Lage wären, solche Beiträge zu leisten. Den einzelnen Gewerkschaften machen wir gar keine Vorstöße, wie sie den Betrag aufbringen sollen, sondern nur, was sie abzuführen haben. Wir haben durchaus nicht die Absicht, die Gewerkschaften zu hindern, das zu leisten, was sie aus eigener Kraft tun können. Bei vorherigen Sammlungen aber würde man sich auf das vorhandene Geld stützen, und wenn Geld da ist, dann kann die Generalkommission Ansuchen auch dann nicht ablehnen, wenn von der betreffenden Organisation vielleicht manchmal nicht ganz einwandfrei gehandelt worden ist. Dadurch, daß wir die Einwärtskonferenz überlassen wollen, zu bestimmen, wann eine solche Umlage eingehoben werden soll, sind alle Garantien gegeben. Wie es heute ist, geht aus einer Ausstellung der Berliner Gewerkschaftskommission hervor; da hat eine Gewerkschaft bei einem großen Kampfe 250 M. pro Mitglied aufgebracht, eine andere mit gleichen Erwerbsverhältnissen 83 Pfg., eine andere gar 26 Pfennig. (Hört! hört!)

Um eine Herabsetzung des Kölner Beschlusses von 1905 kommen wir nicht gut herum. Wir geben uns zufrieden, wenn sich der Kongress dem Grunde nach mit der von uns vorgeschlagenen Regelung einverstanden erklärt und die Einzelheiten und die Ausführung der Vorstandskonferenz überläßt. Ich hätte es lieber gesehen, wenn Regien über die Frage der Sippusarbeit ausführlicher gesprochen hätte. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften nicht Sippusarbeit leisten, ist auch, daß Gesetze, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter bringen, doch auch gekommen wären, wenn wir nicht durch unsere politische Arbeit die Lebenshaltung verbessert hätten. (Sehr richtig!) Im Laufe der letzten drei Jahre konnten wir öfter feststellen, daß ausländische Arbeiter, die 6, 7 bis 8 Jahre und unbedeutend in Preußen sich aufgehalten hatten, in dem Augenblick ausgewiesen wurden, wo sie sich an einem Streik beteiligten. Vor einigen Monaten hat ein Unternehmer in Berlin einem streikenden Arbeiter, einem Schweizer Bager, gedroht: Wenn du die Arbeit nicht aufnimmst, denke daran, das du Ausländer bist! Der Mann hatte noch 500 M. von seinem Arbeitgeber zu fordern. Der Arbeitgeber sagte ihm: Wenn du in der Öffentlichkeit davon redest, du weißt, du bist Ausländer, ich kam gegen dich vorgehen. Der Mann forderte auf meinen Art seine 500 M. und wurde ausgewiesen. (Stärm. Hört, hört!) Die Polizei läßt sich ja manchmal allerdings auch ein Schnippchen schlagen. Einem gelehrten Eisenreder erklärte sie: Du darfst nicht in Preußen bleiben, wenn du dir nicht in einem Nebenberuf der Landwirtschaft oder in dieser selbst Beschäftigung suchst. Ich besorgte dem Mann Beschäftigung in einer landwirtschaftlichen Maschinenfabrik (Stürmische Heiterkeit) und die Polizei gab sich damit zufrieden. (Erneute Heiterkeit.) Gegen Genossen Baar habe ich zu bemerken, daß keineswegs Frauen unter Arbeiterinnen besser agitieren können als Männer. Wir haben über 8000 Arbeiterinnen der Organisation zugeführt, ohne daß wir eine weibliche Arbeitskraft dazu gebraucht hätten.

Winnig-Hamburg sprach über die Gewerkschaftsschule, ebenso E. Dittmer-Berlin. Roth-Berlin sprach zur Streikunterstützungskasse, ebenso Leipart, Göblich und Stähler.

Regien (Schlußwort): Die Generalkommission ist von keiner Seite kritisiert worden. Cohen wird mir zugeben, daß bei der Organisation unter den Berliner Metallarbeiterinnen allerdings nicht eine besoldete weibliche Arbeitskraft der Metallarbeiter in Anbetracht genommen wurde, wohl aber die weiblichen Arbeitskräfte anderer Stellen. (Große Heiterkeit und Hört, hört!) Besonders unsere Arbeitersekretärin und andere, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen konnten. Entscheidend ist ja immer die Qualifikation des Agitierenden. — Man wird zugeben müssen, daß die jetzige gegenseitige Streikhilfe trotz der guten Meinung Leiparts lange nicht genügt, um die in Aussicht stehenden Kämpfe fähren zu können. Wir mühten mit dieser gegenseitigen Hilfe auch Kämpfe abbrechen, die für

die Gelomarbeiterchaft von Interesse waren, weil nicht genügende Untersuchungsmittel zur Verfügung standen. Die Fragen sind übrigens nicht geeignet, so öffentlich beizugehen zu werden. Der Gewerkschafts-Kongress kann ja die einzelnen Organisationen nicht binden; er kann nur den Wunsch aussprechen, daß eine Entscheidung in einem gewissen Sinne falle. Die Entscheidung selbst kann nur bei den Generalversammlungen liegen. — Sätze der Antrag Winig gedruckt vorgelesen, so hätte er, wie ich glaube, die Unterstützung des Kongresses nicht gefunden. Es ist in ihm ein Nichtvertrauen gegen die Generalkommission und die Konferenz der Vorstandsdirektoren enthalten. Wollen Sie die Vorstandsdirektoren desavouieren? Oder soll eine auf dem Kongress gewählte Kommission kompetenter sein als die ständig in den Interessen der beschäftigten Anstellungen? Wenn Winig erklärt hat, daß der Antrag kein Nichtvertrauensvotum ist, so hätte er das vorher sagen sollen. Uebrigens bezieht sich für ihn immer die Möglichkeit, Wünsche betr. die Kurse an die Vorstandsdirektoren zu bringen. Besteht wirklich das Bedürfnis für eine Verlängerung der Kurse, dann kann dies sehr leicht an die Vorstandsdirektoren gebracht werden. Es kommt aber auch hier in Frage, daß schon jetzt die Verbände ganz erhebliche Ausgaben haben. Dafür werden wir sorgen, daß die Vortragenden nicht, wie hier berichtet worden ist, am Schlusse des Kurzes mit solchen Erklärungen kommen, daß sie wegen der zu kurzen Zeit den Beifall nicht bewilligen konnten. Solche Mitteilungen macht man nicht an die Teilnehmer. Es ist trübselig, wenn Dittmer sagt, ich hätte erklärt, daß die Vereinigung von Gewerkschafts- und Parteischule nicht dem gewerkschaftlichen Charakter entspräche. Ich habe gesagt, daß diese beiden Einrichtungen aus ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind und deswegen werde eine Vereinigung kaum erfolgen können. Wir rechnen mit unseren Kurzen nicht nur mit Angestellten, ihr endgültiger Zweck ist, einen möglichst großen Kreis von noch im Beruf stehenden Personen heranzuziehen. Eine volle Ausbildung zu geben, ist derzeitigen Verhältnissen überhaupt nicht möglich, und die, die denen das erreicht werden könnte, würden dieser Kurse zum großen Teil gar nicht bedürfen. In einer der ersten Kurse hat sich ein Angestellter des Gemeindegewerksverbandes gegen den Vortragenden gewandt und erklärt, dieser habe was Unrichtiges gesagt. Aber die übrigen Teilnehmer haben übereinstimmend erklärt, daß der Genosse nicht ausgepöbelt habe. Das war der einzige Fall, der uns bekannt geworden ist. Wenn der Vorstand des Gemeindegewerksverbandes solche Klagen in seinem Archiv aufbewahrt, dann kann er nicht darüber klagen, daß solche Beschwerden keine Berücksichtigung finden. (Sehr gut!) Wir müssen von unseren Teilnehmern verlangen, daß sie bei der Aussprache am Schlusse sagen, was sie über den Kursus denken, nicht, daß sie hinterher kommen und sagen, das war nicht richtig. Wer den Mut dazu nicht hat, der hat sicher nicht den Mut, das zu vertreten, was die Gewerkschaften fordern. Wenn bei den Gewerkschaften das Bedürfnis nach Vereinigung von Parteischule und Unterrichtskursen besteht, wenn einzelne Organisationen einzelnen Mitgliedern mehr Zeit zum Besuch der Kurse oder der Parteischule gewähren wollen, so steht ihnen das frei, zehn Plätze der Parteischule sind ständig für die Gewerkschaften reserviert. Die größte Zahl der Teilnehmer aus den Gewerkschaften war aber vier, nicht zehn. (Hör, hör!) Und da wollen Sie uns erzählen, daß ein solches Bedürfnis nach der Verlängerung der Kurse besteht? (Lach:) Der Vergleich hin! (Lach:) Du meinst wohl, daß die Gewerkschaften ihre Beamten nicht in die Parteischule schicken wollen, weil dort nicht das gelehrt wird, was wir brauchen. (Lach:) Das habe ich nicht gedacht! Na, ich kann mir deine Gedanken schon denken! (Große Heiterkeit.) Ich bitte, den Antrag Winig abzulehnen, liegt das Bedürfnis für eine Veränderung vor, so haben Sie den Weg, und das Vertrauen zu den Vorständen wird wohl noch vorhanden sein, daß er die Sache so macht, wie es notwendig ist. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.
Der Generalkommission und dem Kassierer Rube wird Bedache erteilt. Der Antrag Winig auf Ausbau der Gewerkschaftsschule wird abgelehnt. Der Antrag der Genossin Baar auf Förderung der Organisation der Hausangestellten wird einstimmig angenommen. Ueber den Antrag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Offenbach a. M., auf weitere Förderung der Arbeiterjugendbewegung wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem der Vorsitzende Schilde erklärt hat: der Antrag unterliegt nur, was der Gewerkschaftskongress in Hamburg bereits beschlossen hat. Die Anträge der Bildbauer und der Berliner und Gohlfahr Metallarbeiter über die Streikunterstützung werden der nächsten Konferenz der Vorstände überwiesen.

Die Vereinbarungen mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine.

In sechs Resolutionen liegen die Vereinbarungen vor, die die Generalkommission mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffen hat. Sie betreffen für die Genossenschaften die Behandlung der Heimarbeit, der Strafanstaltszeugnisse, die Anerkennung der Gewerkschaften, ihrer Tarife und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungs-aufträgen und Vergütung von Arbeiten. In der vierten Resolution werden die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder umgrenzt. Die fünfte Resolution handelt von der Vergütung von Boplotts und die sechste vereinbart eine Stellungnahme zu der Neugründung von industriellen Arbeits-Genossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften.

Der Referent Bauer-Berlin erläutert die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution 1 hebt er hervor, daß die Stärkung der Genossenschaftsbewegung und der damit ermittelten Eigenproduktion der Genossenschaften manchen Teilen der Heimarbeit den Boden entziehen kann. Es ist die Pflicht aller genossenschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Rinderkühen liegt. Die Großverkaufsgesellschaft beschäftigt vorläufig nur 500 Arbeiter in ihren Tabakfabriken. Milliarden von

Zigaretten aber könnte sie absetzen, wenn die organisierten Arbeiter nur Tabakfabrikate kaufen würden, die nicht in der Heimarbeit, sondern in dieser Fabrik der Großverkaufsgesellschaft hergestellt sind. In einem gemeinsamen Aufruf wollen Generalkommission und Zentralverband die Schäden der Heimarbeit schildern und ein Merkblatt herausgeben, das von den Genossenschaftsorganisationen verteilt wird. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission soll Materialien sammeln, die geeignet sind, die Schäden der Heimarbeit aufzuheben und der Preisse zugänglic machen. Eine weitere Aufgabe der Stelle und Gewerkschaften, wird die Feststellung sein, ob die Genossenschaftlichen Heimarbeitsprodukte begehren. Die Hauptarbeit besteht, um die Heimarbeit einzudämmen, fällt der Gesetzgebung zu. — Strafanstaltszeugnisse sollen ohne weiteres vom Vertrieb in den Konsumgenossenschaften ausgeschlossen werden und die Strafanstaltsarbeit beschränkt bleiben auf den eigenen Bedarf von Staat und Gemeinde. Gleichzeitig wird gefordert, daß sie in modernen eingerichteten Betriebsstätten verrichtet wird. Den Genossenschaften wird es um so leichter sein, auf die Strafanstaltszeugnisse zu verzichten, als nur zehn unter tausend von ihnen jetzt noch Büchsenwaren, Bonifolien, Abtreter, Matten usw. aus Strafanstalten beziehen. Auch hier soll die sozialpolitische Abteilung Material zur Belämpfung der Strafanstaltsarbeiten sammeln und für die Gesetzgebung nutzbar machen. Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Röhner Kongress erhoben hat. Die Form, wonach sich der Vorstand des Zentralverbandes der Konsumvereine verpflichtet, den Konsumvereine zu empfehlen, bei Lieferungs-aufträgen nur solche Firmen zu berücksichtigen, die die Gewerkschaften und ihre Tarife anerkennen, erscheint vielfach manchem zu vorzuziehen. Aber der Vorstand des Zentralverbandes hat kein Zwangsmittel. Er kann den angeschlossenen Vereinen nur empfehlen, diese Vorschrift zu beachten. Doch dürfte auch diese Empfehlung durchaus genügen. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hat sich sehr gut entwickelt und Beschwerden waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo Arbeiter, die in genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, vorgehen wollten, ohne vorher die selbstgeschaffenen tariflichen Instanzen anzurufen. Es bedurfte erst des Eingreifens der Zentralinstanzen, um diese Arbeiter vor nicht zu billigen den Schritten zurückzuhalten. Die Resolution 4 stellt gewissermaßen die Gegenleistung der Gewerkschaften an die Genossenschaft dar. Sie bringt zum Ausdruck, daß die Genossenschaftsbewegung die Pflicht hat, die Genossenschaftsbewegung durch Beitritt und Propagierung auf das tätigste zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollen besondere Propaganda-Kommissionen, wo es nötig ist, eingesetzt werden. Die fünfte Resolution betrifft die Vergütung von Boplotts. Sie ist die logische Folge des Vertragsverhältnisses zwischen Generalkommission und Zentralverband. Der Boplotz schädigt nicht nur die Fabrikanten, er kann noch vielmehr die Genossenschaften schädigen, die etwa große Vorräte der boplottierten Waren halten. Deshalb soll nur dann über die Lieferanten der Konsumvereine ein Boplotz verhängt werden, wenn von dem Vorstand der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der Generalkommission eingeholt ist, und wenn die von der Generalkommission anzurufende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Die sechste Resolution schließlich nimmt Stellung zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften, von Produktivgenossenschaften. Es wird darin anerkannt, daß die über den beruflichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großverkaufsgesellschaft ist und daß die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes und der Großverkaufsgesellschaft sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt. Die Errichtung von Produktivgenossenschaften kann nur dann einige Aussicht auf Erfolg gewähren, wenn für eine sachdienliche Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist.

Referent hofft, daß die Resolutionen vom Kongress glatt angenommen und dazu beitragen werden, das Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften zu fördern. Beide haben das Ziel, die Arbeiterklasse dem Kapitalismus gegenüber kampffähiger zu machen. (Beifall.) Die erste und zweite Resolution werden einstimmig angenommen. Bei Resolution 3 bittet Hensel (Zielicher), dem Text eine etwas schärfere Fassung zu geben. Er zieht den Antrag aber zurück, nachdem v. Elm (Hamburg) ihm darauf aufmerksam gemacht hat, daß die Abänderung an sich bedeutungslos sei und es sich andererseits nicht empfehle, an einer Vereinbarung zwischen Generalkommission und Zentralverband ohne Not zu ändern. Resolution 3 wird angenommen und ebenso Resolution 4, nachdem in der Diskussion Hensel die Verwallung der Konsumvereine noch erwidert hatte, den Bogen gegen ihre Angestellten nicht zu scharf zu spannen.

Bei Resolution 5 beantragt Hensel einen Zusatz, wonach den Vorständen der in Frage kommenden Gewerkschaften zur Feststellung der Lieferanten an Konsumvereine ein Lieferantenverzeichnis auszuhändigen ist. Es ist bei Boplotts vorgekommen, daß erst im letzten Augenblicke bekannt wurde, daß die vom Boplotz getroffenen Lieferanten zugleich Lieferanten von Konsumvereinen waren. Das Amendement wird, nachdem Frey-Gannover (Fabrikarbeiter) es unterläßt, auf Vorschlag von Bauer der Generalkommission zur weiteren Behandlung mit dem Zentralverband überwiesen und die Resolution 5 dann angenommen.

Bei Resolution 6 (Produktivgenossenschaften) wünscht Schneider-Esfurt (Fabrikarbeiterverband), daß die Organisationen, solange sie nicht selbst zur Eigenproduktion des Papiers übergehen können, unbedingt darauf zu sehen, das Papier nur von solchen Unternehmen zu kaufen, in denen den Arbeitern das Kooperationsrecht gewährt wird.

Haupt-Tagdeburg: In der Resolution wird nur die Druckerei der Genossenschaften als die einzige in Betracht kommende erwähnt. Die Parteidruckereien, die so viel für ihr Personal tun, müssen mindestens ebenso berücksichtigt werden. Wenn die Partei gut genug ist, für die Genossenschaften zu arbeiten, so müssen auch die Druckereien ebenso in Frage kommen, wie die der Genossenschaften. (Vielfaches Gehr richtig.)

Bauer (Generalkommission): Die Resolution bezieht sich nur auf Genossenschaften zur Organisation des Konsums, es kann also gar nicht davon gesprochen werden, daß für die gesamte Arbeiterwelt die Parteidruckereien als minder berücksichtigungswürdig hingestellt werden. Daß aber die Konsumgenossenschaften ihre eigene Druckerei berücksichtigen, ist eine Forderung genossenschaftlicher Treue. Wir erkennen mit der Resolution nur das Recht an, daß die Genossenschaften Eigenproduktion treiben. Auch dieser Punkt der Vereinbarungen (Resolution 6) wird angenommen.

See bald-Dresden macht auf den Bierdopfloß aufmerksam. Der Kongress vertagt sich dann auf Dienstag 9 Uhr vormittags. Schluß 4 Uhr.

(Fortsetzung des Berichts im Hauptblatt.)

Öffentliche Sitzung des Wilhelmshavener Bürgervereins-Kollegiums.

Wilhelmshaven, 27. Juni 1911.

1. Bericht von der Dresdener Hygiene-Ausstellung erstattet der Oberstabsarzt a. D. Behrens. Er gab einen kurzen Ueberblick über die Ausstellung und berichtete dann recht eingehend über eine Konferenz des „Deutschen Vereins für Schulhygiene“, insbesondere über die Einrichtung der Schulärzte. Er führte u. a. aus, der Schularzt müsse ständig in enger Fühlung mit den Lehrern und Schülern stehen, und zwar nicht nur in den Volksschulen, sondern auch in den höheren Schulen, denn auch in diesen seien Kinder mit Unterrichts- oder mit überreizten Nerven vorhanden, die der ärztlichen Beratung bedürfen. Das Resümee materialisierte sich das kostbarste Material, was der Staat habe; er habe daher auch im eigenen Interesse die Pflicht, mit diesem kostbarsten Material so gut und so parson wie möglich zu wirtschaften, damit dieses Resümee material nach Absolvierung der Schule dienstfähig ins Leben tritt und sich einen Platz in der Gesellschaft erobern kann. Der Unterricht soll daher nicht der einzige Schwerpunkt in der Schule sein, die Kinder sollen nicht nur lernen, sondern sie sollen in der Schule auch körperlich und geistig gedeihen. Von diesem Gesichtspunkte aus herrsche jetzt das Bestreben in den Kreisen der Pädagogen vor, die Vernachlässigung einer Arbeitsschule zu machen, in der der Unterricht mit körperlicher Arbeit und mit Spiel verbunden wird. In Städten, die Schulärzte ganzamtlich angestellt haben, werden die Kosten durch die Kommune, die Landesversicherungsanstalt, Krankenkassen, Wohlthätigkeitsanstalten, durch Privatpersonen usw. aufgebracht. Alle diese Institute haben ein Interesse an der Gesundheitshaltung der jungen Menschenkinder. In der Stadt Hagen werden auch besondere Beiträge von den Eltern der Schulkinder erhoben. Zur Schulhygiene gehören auch Schulärzte, Ernährung von Kindern bedürftiger Eltern in Schulküchen usw. In Dresden hat man auch eine Beratungsstelle für die Berufswahl eingerichtet, die Sonntags log. Besprechungsstunde für die Eltern abhält. Durch Flugblätter werden die Eltern vor Wehnmachten hierauf aufmerksam gemacht. In den Sprechstunden sind Eltern, Lehrer, Vertreter der Innungen, der Schulärzte usw. anwesend. Die Sache kostet nicht viel und kann auch hier leicht eingerichtet werden; sie kann sehr segensreich wirken und manchen Menschen von übermäßig ergriffenen Berufen abhalten. Weiter hat Referent dem Kongress für Tuberkulosebekämpfung beigegeben. Manche Städte geben für Tuberkulosebekämpfung sehr viel Geld aus, z. B. Chemnitz 300 000 M. jährlich. Fürsorgestellen für Schwindsichtige sollten überall errichtet werden. In diesen wird keine eigentliche Behandlung gewährt, sondern die von den Ärzten und Mägden nach den Vorschriften verwiesenen Kranken werden über ihre Krankheitsstellen verwiesenen Kranken werden über ihre Krankheitsstellen verwiesenen Kranken untergebracht und geheilt. Andere, die mit Schwindsichtigen zusammen leben, müssen vor der Ansteckung geschützt werden durch Einräumen anderer Wohnungen u. Man unterscheidet offene und geschlossene Tuberkulose. Die offene Tuberkulose ist gefährlich und kann schon beim Sprechen mit anderen Menschen übertragen werden. Bei der geschlossenen Tuberkulose bilden sich zwar innerlich auch Tuberkelherde, die aber wieder zur Heilung kommen und keine Bazillen produzieren. Die hiesige Kostunterstelle für Tuberkulose, die jetzt keinen Pfennig kostet, wird sehr wenig benutzt. Es muß daher geprüft werden, wie die Einrichtung ausgebaut werden kann. Die Tuberkulose-Fürsorgestelle in Dresden hatte eine Einnahme von 18 930 M. und eine Ausgabe von 12 100 M. Die Gelder werden durch Beiträge der Stadt, der Landesversicherungsanstalt, der Krankenkasse, von Vereinen, durch Spenden usw. aufgebracht. Hier in Wilhelmshaven ist für Tuberkulose ein Hotelpavillon mit Viegehalten eingerichtet. Bei unserer Seelust hat eine Pflege von Tuberkulosekranken die gleiche Wirkung wie in auswärtsigen Heilstätten. In der Tuberkulose-Behandlung kommt man immer mehr dem Rattenbühnenverfahren entgegen durch Anwendung von Zuckern und systematische Wasserbehandlung. Derartige Einrichtungen müssen auch hier im Krankenhaus geschaffen werden. Auch die Verbesserung und Ausstattung des Krankenhauses muß besser werden; das Beste ist in dieser Hinsicht gerade gut genug! — Mit dem Hinweis, daß er auf Wunsch Besuchen der Dresdener Hygiene-Ausstellung privatim gegen Zingergelbe geben wolle, schloß Dr. Behrens seine interessanten Ausführungen, für die der Wortführer dankte.

2. Das Revisionsprotokoll der Rämmerel- und der Sparkasse vom letzten Monat wurde zur Kenntnis genommen.

3. Bezüglich des Schulgeldes für Kinder der

Höheren Mädchenschule stimmte das Kollegium im Prinzip dem Vorschlag einer eingeleiteten Kommission zu, wonach das Schulgeld dieser Schule gleichgestellt wird mit dem Schulgeld für Kinder der Realschule. Das nähere wurde dem Magistrat überlassen.

4. Freibad. Auf Grund einer früher im Kollegium gemachten Anregung, auf dem Groden zwischen der vorhandenen Herren- und der Damen-Badananlage ein Freibad für männliche und ein solches für weibliche Personen zu errichten, hat das Bauamt Projekte ausgearbeitet. Die Einrichtung eines auch von Nichtschwimmern zu benutzenden Freibades soll 3000 M. kosten. Der Magistrat hat jedoch diesem Projekt seine Zustimmung nicht geben können und hat ein neues Projekt ausarbeiten lassen, das für Schwimmer bestimmt ist und das nur 800 Mark kosten soll. — Der Bürgermeister bemerkte hierzu, daß der Magistrat nur letzteres Projekt den Charakter eines Freibades beilegen könne. Das erstere Projekt würde genau so herrschaftlich eingerichtet sein wie die bereits bestehenden Badenanstalten. Diese würden dann aber leer stehen. Auch müßte teure Bewachung für beide Abteilungen geschaffen werden, wenn Nichtschwimmer zugelassen würden. Bei dem vorgeschlagenen Projekt glaube der Magistrat nur mit einer billigen Versicherung und mit Warnungstafeln „Nur für Schwimmer!“ auskommen zu können. — Die Ausführungen des Bürgermeisters und das Magistratsprojekt bildeten alleinige Entscheidung und allgemein wurde gewünscht, daß etwas Vollständigeres geschaffen werde. — Nach längerer Debatte beschloß das Kollegium, den Magistrat zu erlauben, möglichst bis zur nächsten Sitzung ein Projekt vorzulegen, das auch Nichtschwimmern das Baden möglich macht. Auch sollen Sandspielplätze für Kinder am Strande geschaffen werden. Gegen letztere hat der Bürgermeister Bedenken, da die Reichbehörde solche Sandspielplätze nicht zulassen wird, weil durch Verschüttung der Grasnarbe leicht der Delch gefährdet werden kann.

5. Die Erbschaft eines Waisennrsten macht sich nötig, da Waisennrster nach Amerika geht. — Als Erbschaftsmann wählte das Kollegium Hotelier Krüger.

6. Ortsstatut betr. Wertzuwachssteuer. Der Magistrat hat in einer sehr ausführlichen Vorlage die Zweckmäßigkeit begründet, die Reichs- und Wertzuwachssteuer, soweit sie den Gemeinden zugute kommt, um 100 Proz. zu erhöhen. — B. V. W. Büchermann und B. V. Thaden sprachen sich gegen die Vorlage aus, die den Grundbesitz belaste und den Grundbesitzbesitzer erschwere. — Der Bürgermeister erwiderte, daß durch das Reichs- und die städtische Wertzuwachssteuer ganz erheblich ermäßigt worden sei. Von dieser ermäßigten Reichssteuer bekomme die Stadt nur noch 40 Proz., und diese 40 Proz. sollen nun durch Ortsstatut um das Doppelte erhöht werden, was das auch in Rüstingen geschehen sei. Auch nach dieser Erhöhung sei die Gesamtsteuer noch nicht so hoch wie die bisherige Wertzuwachssteuer. Es werde auch nur der unbebaute Spekulationsgrundbesitz getroffen; wie ein der Vorlage beigefügtes Beispiel zeige, werde der leibhaftig, bebauete Grundbesitz von der Steuer so gut wie nicht getroffen, da zu viele Beträge abgezogen werden können, daß nichts zu besteuern übrig bleibt. Trotz der in der Vorlage beantragten Erhöhung der Steuer müsse noch mit einem Minderebetrag von 2000 M. in diesem Jahre gegenüber dem im Etat eingelegten Betrag gerechnet werden. — Nach längerer Debatte, in der B. V. Thaden noch erklärte, das Gesetz sei zwar nicht so gefährlich, doch müsse er aus Prinzip dagegen stimmen, weil der Grundbesitz so belastet sei, wurde die Vorlage angenommen.

7. Als Zuschuß für das Seemannshaus wurden wie im Vorjahre 1000 M. bewilligt. — B. V. Hanenga regte an, die Theaterkommission möge mit der Verwaltung des Seemannshauses in Verbindung treten, damit die von der Stadt subventionierten Theaterabende im kommenden Winter dort abgehalten werden können, denn in „Burg Hohenzollern“ würde das wohl kaum mehr möglich sein. (?) Die Bühne im Seemannshaus werde jetzt mit einem Kostenbetrage von 2000 M. vergütet und verbessert.

8. Der Bericht vom hannoverschen Städtetag wurde wegen der vorgekauften Zeit auf die nächste Sitzung verschoben.

9. Als Zuschuß zu einem Turn- und Spielturnus in Emden wurden den Schiffszimmerleuten Clauen und Weyen 36 M. bewilligt. — Der Bürgermeister gab hierzu vorher noch folgende Aufklärung: Der Sinn der Einrichtung sei, dafür zu sorgen, daß die schulentlassene Jugend sich nicht selbst überlassen und so vielen Verführungen verschiedener Art ausgesetzt ist. Dieses Bestehen, das von dem Generalfeldmarschall Hejeler ausgegangen, werde von der preussischen Regierung besonders gefördert und es sei hierfür eine Million Mark in den diesjährigen preussischen Etat gestellt worden. Mit diesem Fonds soll besonders das Interesse im Volke für diese Sache geweckt werden. Für den Regierungsbezirk Aurich sei bereits eine Organisation geschaffen; für den Kreis und den Stadtbezirk soll noch etwas geschaffen werden. Der Grundgedanke dabei sei, möglichst wenig von oben zu reglementieren, sondern die Sache von unten herauf und aus sich selbst heraus sich entwickeln zu lassen. Der hiesige Turnverein Einzigkeit habe sich nun für die Sache besonders interessiert und es seien von ihm zwei Personen in Vorschlag gebracht worden, die gegen eine geringe Unterstützung an dem von der Regierung in Emden veranstalteten Auslus für Spiele und Jugendbehandlung teilnehmen wollen. Der Magistrat setzt voraus, daß die Regierung ebenfalls 36 M. den Teilnehmern gibt.

10. Zur Teilnahme an einem Ausbildungslauf für Rechtsauskunftspersonen, den das Soziale Museum in Frankfurt a. M. veranstaltet, will der Magistrat dem Stadtschreiber Klein, der mit in der städtischen Rechtsauskunftsstelle tätig ist, 200 M. Beiträge gewähren. Der Lauf dauert drei Wochen. Herr Klein will seine Ferien dazu benutzen. Das Kollegium bewilligte die Summe. Falls Herr Klein innerhalb der nächsten fünf Jahre seine Stelle hier verläßt, so hat er einen entsprechenden Teil dieser Kosten zurückzugeben.

11. Verschiedenes. Auf Anfrage bemerkte der Bürgermeister, daß die noch ausstehende Reumahl eines Bürgerwehreges für den fünften Stadtbezirk laut Gesetz auf ein Jahr ruht, da bei der letzten Wahl sich nicht zwei Drittel der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligten. Beim nächsten Wahlaufsatz werde er aber auf diese Folgen besonders aufmerksam machen. — Angeregt wurde, das nächste Mal die Indifferenten in die gesetzliche Strafe von 3 M. zu nehmen. Der Bürgermeister erwiderte, der Magistrat habe keinen Anlaß, Zwangsmassnahmen gegen die Wähler, die nicht wählen wollen, anzuwenden.

Hierauf trat Schluß der öffentlichen Sitzung ein und es folgte noch eine vertrauliche.

Aus dem Lande.

Kastei, 27. Juni.

Rein Hüfing. Aus Torfspitt hatte sich eine aus Barel nach Wagedorf zugezogene Familie, bestehend aus 9 Köpfen, eine Wohnung hergerichtet, weil für sie kein anderes Unterkommen zu finden war. Jetzt ist die Familie wieder abgehoben und die Mutter mit den sieben Kindern ins Armenhaus gebracht worden. Nicht bloß im Ofen, sondern auch bei uns gibt es also Familien, die sich in Erdhöhlen ein Unterkommen suchen müssen, weil für sie sonst kein Unterkommen zu finden ist, ohne die Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen.

Oldenburg, 28. Juni.

Rein händlerischer Kandidat für den 1. Oldenburgischen Wahlkreis? Bürgerlichen Blättern wird geschrieben: Die Nachricht, daß die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte im Fürstentum Wilsenfeld beschloßen hätten, mit einer eigenen Kandidatur oder zusammen mit dem Zentrum bei den nächsten Reichstagswahlen vorzugehen, wird nachträglich als unrichtig bezeichnet. Es habe sich bei der Vertrauensmännerversammlung, die am 18. d. M. in Oberstein tagte, nicht um den ersten Oldenburgischen, sondern um den Wahlkreis Wilsenheim-St. Wendel-Dittweiler gehandelt. Zur Kandidatenfrage in Oldenburg I hätten die händlerischen Vertrauensmänner des Fürstentums noch keine Stellung genommen.

Zum Nord der Frau Prüfer wird berichtet, daß der verdächtige Vorgang am Tage und am Abend vor der Nordbat in Wardenburg an anderen Orten gesehen worden sei. In Zweifelsfälle brannte vor einigen Tagen ein Gebäude ab, kurz nachdem ein Bettler dort abgewiesen worden war. Es wird jetzt vermutet, daß L. auch hier der Täter gewesen ist.

Schwurgericht. Am Montag Nachmittag wurde gegen die Fabrikarbeiterin Marie Müller aus Delmenhorst verhandelt. Dieselbe stand unter der Anklage der Rindstehung. Auch bei dieser Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Emden, 28. Juni.

Zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde vom Schwurgericht der Ratros Wiesen aus Könnelmoor, Amt Barel, wegen schwerer Körperverletzung. In Bremenhausen griff er einen Hauswirt, der ihn zur Ruhe ermahnte, mit einem Messer an. In der Dunkelheit verletzte er nicht nur den Hauswirt, sondern auch einen Matrosen Jaleia, der ihn zu besänftigen suchte. J. starb im Krankenhaus. Die Verletzungen des Hauswirts dagegen hatten keine dauernden Folgen.

Der Streik der Wätker der hiesigen Heringsflsherelen ist nach vierwöchiger Dauer mit Erfolg zu Ende geführt. Am Montag fanden die Verhandlungen zwischen der Direktion und der Kommission der Arbeiter statt, wobei eine völlige Einigung zustande kam. Die Kündigung der Kommissionsmitglieder wurde von der Direktion zurückgenommen und alle Arbeiter gegen wieder an ihre alten Plätze zurück. Die beabsichtigte Lohnreduktion ist abgewehrt und den auf dem Plage beschäftigten Arbeitern wird während der Saison eine Zulage von 2 Pfg. zum Stundenlohn gewährt. Die Arbeiter haben während der ganzen Zeit einmütig zusammengehalten, nicht ein einziger ist abtrünnig geworden. Möge dieser Erfolg die Wätker nun anspornen, auch fernere für ihre Organisation zu wirken, zu ihrem eigenen Wohl und Besten.

Feuilleton.

Kein Hüfing.

Nach Freis Reuter in hochdeutscher Prosa von E. L. u. Mannhelm. (6. Fortsetzung.)

„Mit Geld ist ihm auch nicht gedient. Wohnung braucht er. Wenn er die nicht kriegt, gibt das eine böse Sache. Die arme Marie sitzt und weint. Sie wissen doch...?“

„Ja, ich weiß, ich war vor kurzem noch bei ihr und sagte ihr: „Seh dich doch nicht so hin und weine; geh einmal zu ihr und stell' ihr das vor, du wirst sehen, sie tut es, hab' ich ihr gesagt. Sie ist auch richtig hin zu ihr, gerade als es anfang zu dämmern, ging sie aber den Hof.“

„Wie? Kommt sie nicht eben den Weg daher? Du, Marie, hör doch einmal!“

„Rein, lassen Sie sie gehen, wer weiß, wie schwer ihr das Herz ist. Es scheint mir beinahe, man könnte es ihr im Dunkeln anleihen, was die Frau ihr sagte. Lassen Sie sie gehen, sie sucht Johann, der steht schon auf seinem gewohnten Platz und wartet.“

„Die armen jungen Leute!“

„Ja, Daniel, das ist ein großes Unglück.“

„Was hilft das all? Sie müssen's tragen. Ja, das war ein großes Feuer, adieu, gute Nacht!“

„Gute Nacht, Daniel!“

Eine schwarze Gestalt wankte vorbei und schlich sich den Teich entlang nach dem Friederichsd.

„Sist du es, Marie?“

„Ja, Johann, ich bin's!“

„Was sagte sie denn?“ Marie setzte sich auf einen Baumstumpf und zog sich das Tuch über den Kopf.

Johann wiederholte seine Frage und suchte mit stierem Blick das Dunkel der Nacht zu durchdringen. Vergebens, die Nacht ist still, das Dunkel gibt keine Antwort. Auch Marie schweig.

„Marie“, drängte Johann, „ich bli' dich, gib mir Antwort. Sei doch getrotz! Was sagte sie denn?“

„Ich weiß es nicht, ich weiß nur, daß wir auf ewig verloren sind, und daß das Kind in meinem Schoße — —. Ach Gott, Johann, mein armes Kind ist verflucht wegen unierer Sünde, das hat sie gesagt, das weiß ich gewiß, das braust mir noch in meinen Ohren.“

„Was, und das glaubst du? Wer hat es gesagt? Eine Frau, die sich aufs Beten verlegt, die in aller Eile fromm geworden ist, weil sie nichts anderes zu tun hat! Die Art Leute treiben die Frommheit aus Langeweile zum Zeitvertreib. Was die weiß, weiß ich auch. Und ich sag dir; es ist nicht wahr, es ist wirklich nicht der Wäße wert, daß du deshalb weinst.“

„Sie war die erste, die mir den Becher voll Schimpf und Schande zu trinken gab, und sie hat ihn voll gegossen, bis er überließ. Ach, ich hatte es sicher geglaubt und gehofft! Was hat sie mir für böse Worte gesagt! Sie hat mir gesagt, wie es mit mir steht, sie hat mir gesagt, wie es mit mir kommen würde, und was es für ein Ende mit mir nehme.“

„So, das hat sie dir alles gesagt? Arme Marie! Hat sie dir denn nichts von den Reichen gesagt und von den Herren im Lande? Hat sie dir nichts von der Schande der reichen, adligen Herren erzählt? Hat sie dir nicht gesagt, daß sie die Sünde, die wir aus Liebe begehn und weil wir uns heiraten wollen, aus reinem Übermut, aus purer Schändlichkeit begehn? Das ganze Dörflein vor ihnen vergristet werden, und daß die Herren es allein verschulden, wenn in manchen Dörfern alle Judt untergegangen ist? Hat sie dir nicht gesagt, daß wir jedes Vergehen gegen Gottes Wort durch Ehed und Not büßen müssen, und daß die Herren es mit ein paar Taler Geld gut machen? Hat sie dir das nicht gesagt? Wenn sie dir das nicht gesagt hat, dann hat sie dir nur Lügen gesagt!“

„Rein, nein, Johann, so kann es nicht sein, unser Herr Pastor war auch dabei, und der hat gerade so auf mich eingeedet, wie sie. Er sagte, das Richtige für uns beide wär, wenn wir vor der ganzen Gemeinde öffentlich aus auf den Schandstuhl setzten, weil wir das letzte Gebot vergesen hätten. Er sagte noch, was er tun könnte, das wollte er tun, daß diese Wode wieder aufkäme, und dann sollte ich zuerst darauf sitzen müssen.“

„Das hat der Pfaff gesagt? Haß, haß, das wär' ein Späß!“

„Ach Gott, laß' doch nicht so, Johann!“

„Haß, das wär' ein Späß; dann würden doch die Herren und die Anecht einmal wieder lächeln. Im Leben gibt es Arme und Reiche; aber vor dem Altar wär' dann der Platz, wo wir wieder gleich wären, und wenn uns die Religion nicht gleich machen konnte, dann macht uns wenigstens die Schande gleich. Verflucht noch einmal; Brot und Wein gibt man den Herren apart, weil sie sich vor uns eckeln; aber der Schandstuhl würde uns noch wenigstens gleich machen. Haß, haß! Laß' doch Marie, laß' doch auch einmal!“

„Johann, laß' das, du verflücht dich!“

„Verflüchtigen? Ich? Was fällt dir ein? Verflüchtigen, weil ich das Kind beim rechten Namen nenne? Ich red' ja nur gegen die Pfafferei, nicht gegen Gottes Wort. Darin steht nichts von solchen Wöden, darin steht nur Gutes für die Armen, und daß Gott gern und viel vergibt.“

„Wenn unser alter Herr Pastor noch leben würde, der hätte mir so 'was nicht gesagt, der häit' uns verstanden. Schade, daß der schon unter dem Hagen liegt.“

„Ja, Marie, da hast du Recht; der war dran, der hätte nicht mit dem Schandstuhl gedroht.“

„Der hätte mir ins Gewissen geredet und hätte mit mir für uns gebetet.“

„Ja, Marie, der hatte ein Herz für uns.“

„Ach, wenn er doch bei uns geblieben wär! Jetzt hab' ich keinen in der weiten Gotteswelt, bei dem ich mich ausmeinen kann, an dessen Anien ich belüsten kann. O, du lieber Gott, keinen, keinen, gar keinen.“

„Ich und dein Vater sind dir treu, wir stehen dir immer bei.“

„Mein Vater ist kein Trost für mich, du weißt warum, Johann und du...“

Sie stand auf und erfaßte seinen Arm.

„Früher schlug dein Herz weinend und warm für mich; was ich gedacht und getan, das konnte ich dir ruhig anvertrauen, das ruhte bei dir sicher, wie in meiner Lade. Aber das ist jetzt vorbei; in deinem Herzen wohnen jetzt andere Gäste, die können meinen schwachen Jammer und meine Klagen nicht vertragen.“

„Ich bin für dich auch heute noch, was ich immer war; du kannst noch gerade so sicher an meinem Herzen ruhen, wie früher. Der Groll und der Haß, der in meinem Herzen ist, hat nichts mit dir zu tun.“

Sie drückte sich fester an ihn und sprach dringender, ängstlicher bitend: „Laß' den Haß und Groll fahren, Johann! Mein Herz ist bis oben voll von Rot und Qual, da ist kein Platz für Groll und Haß.“

Er setzte sich auf den Baumstumpf, zog sie auf seinen Schoß und tröstete sie. Rings umher lag die düstere, schwarze Nacht und stillerte und senkte leise im Rüdricht durch den letzten Friederichsd und das Schiff am Wasserlauf. Ein Wagenschauer zog herauf und plätscherte im Wasser ein nächtlisches Trauertied und weinte sanft, als ob selbst die schwarze Nacht Cobarmen hätte mit dem Menschenherzen und seinem Leid.

(Fortsetzung folgt.)

Sochwasser.

Donnerstag, Juni: vormittags 8.39, nachmittags 9.02

Einswarden. — Geschäfts-Eröffnung. — Einswarden.

Dem werten Publikum von Einswarden und Umgebung zur gest. Kenntnissnahme, daß ich am **Freitag den 30. Juni, abends 5 Uhr**, in einem **Neuban**, zwischen den Häusern des Gastwirts **Noth** und **Schlachtermeisters Töller**, ein

modernes Kaufhaus für Manufaktur-Waren und Konfektion aller Art

eröffne. Seit ca. 1 1/2 Jahr. Bestehen meiner Firma am hiesigen Platze hat sich dieselbe ein wirklich gutes Renommee erworben. In meinem Kaufhaus werde ich der Kundschaft ganz hervorragende Auswahl und billige Preise bieten. Ich bin in der Lage, preiswert zu verkaufen, um jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten. Durch persönlichen Einkauf in Berlin und an ersten Fabrikplätzen der Textilbranche habe ich ganz enorme Warenposten zu billigsten Preisen erworben und werde ich daher meiner Kundschaft große Vorteile bieten. Ich bitte, mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Beachten Sie meine Schaufenster-Anlagen!

Einswarden. Kaufhaus Th. Jacobsohn. Einswarden.

Sundeverkauf
im Hofe des Rathhauses 1, Wilhelmshavenener Straße, am **Freitag den 30. d. Mts., mittags 12 1/2 Uhr**.
Stadtmagistral Rüstingen.
Dr. Lueten.

Verkauf.
Frau Wm. v. Nahden zu Rüstingen will altershalber ihr

Wohn- und Geschäftshaus
Werftstraße 25

in welchem seit vielen Jahren Kolonialwaren-Handlung, verbunden mit **Nachhandel von Spiritosen**, betrieben ist, unter der Hand verkaufen. Eine kleine Anzahlung genügt und kann das übrige Kaufgeld mehrere Jahre dem Käufer belassen werden. Kaufliebhaber wollen baldigst zur Unterhandlung zu mir kommen.
Rüstingen, den 27. Juni 1911.

H. Gerdes,
amtl. Auktionator.

Gelchäftshaus

an bester Lage der **Ostfriesenstraße** soll für den sehr billigen, aber festen Preis von **23500 M.** verkauft werden.

B. G. Bührmann
Bank für Hypotheken und Grundbesitz.

Käse ff.

bei ganz. 1 Pfd. 19 g, 100 Pfd. 1750

Tilsiter Käse

Anschnitt 20 g, bei ganz. 19 g 1 Pfd.

J. H. Cassens,
Schaar, Rüstingen, Peterstr. 42.

Sanitäts-Meierei

Neuengroden, Telefon 810
empfiehlt tuberkulosefreie
Kur- u. Kindermilch.

Verkaufe ständig aus besseren Häusern erstandene

Herrens-, Damen- und Kindergarderobe, sowie neue Anzüge

zu den denkbar billigsten Preisen.
Frau Kalle, Rüstingen, Mittelstr. 35.

Kravatten

in hochmodernem Fassons :: und Mustern empfiehlt ::

Martha Kappelhoff
Ecke Deich- und Roonstr.

Volkshühde in Rüstingen

Wettmstraße.
Donnerstag: Aertoffestuppe mit Wurf.

Oldenburg

Der Arbeitsnachweis

der Unternehmer für das Baugewerbe in Oldenburg und Umgegend ist seitens der beteil. Verbände gesperrt.

Von heute ab befindet sich
mein Geschäft Peterstraße 1
im Hause des Herrn **Heinr. Plate**.

Meiner Kundschaft für das bisherige Vertrauen dankend, bitte, mir daselbe auch im neuen Geschäftslotale bewahren zu wollen. Mein Geschäftsprinzip ist wie bisher: **Schnellste Bedienung, bestes Material bei guter Verarbeitung.**
Rüstingen, 28. Juni 1911. Hochachtungsvoll

Uke Noormann, Schuhmacher.

Worin ist der Grund

zu suchen, dass alle unsere Kunden mit unseren **Sitteln** zufrieden sind? Darin, dass alle unsere

Schuhwaren

von vorzüglicher Qualität, Passform, Haltbarkeit und vor allem sehr preiswert sind.

Trost & Wehlau

Schuhmachermeister,
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

Wille's echte Doure Portweine

zu haben in Kolonialwaren- und Delikatess-Geschäften.

Carl Wille, Hoflieferant, Oldenburg.

: Nordwestdeutsches Wein-Importhaus. :

Jeden Donnerstag:

Bettfedern-Reinigung (neueste Maschine).
Georg Aden :: Bant.

Zu vermieten

auf sofort oder später drei- u. vier-zimmige Wohnungen Genossenschafts-**Art.**
Schoran & Co.,
Schloßstr. 5.

Fahrrad sehr gut erhalt., weggelassen für 20 M. abgegeben. Bestätigung von 7 bis 9 Uhr abends.
Rieler Straße 62, part. 1

Ein anständiger Mann

sofort an jedem Ort gel. z. Besuch d. Privatkundschaft. Hohe Vergütung. Für Jedermann passend. Off. unter **A. N. 9** an die Exp. d. Bl. erb.

Gesucht

zum 1. Juli ein Mädchen.
Weber, Rüst., Gdlerstr. 9.

Sozialdemokratischer Verein Emden.

Freitag den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr
— im Hotel Bellevue: —

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtige politische Lage und unsere nächsten Aufgaben. Referent: Parteisekretär **Adolf Schulz** aus Bant.
2. Parteianglegenheiten.

Das vollzählige Erscheinen aller Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Gesucht ein Büffetier-Gehülfe

für meinen Probeausgang. Meldung im Kantor Roonstraße 111 erbeten.
E. J. Arnoldt.

Steinmehl gesucht

für die Bodumbauten. Zu melden bei **Ludwig Lange**
Deichstraße 12.

Seizjunge

15—16 Jahre alt, gesucht.
Ludwig Lange, Deichstr. 12.

Gesucht

zum 1. Oktober als Hauswart ein kinderloses Ehepaar.
Meldung abends 7 Uhr.
Dr. Knop, Viktorstr. 9.

Gesucht

zum 1. Juli oder später ein kleiner Knecht v. 15-16 Jahren.
G. Wefer, Rüst., Gdlerstr. 47.

Junges Mädchen

zum 1. Juli für Vormittags gesucht.
Blowitzstraße 5a, 1. Et.

Zum 1. Juli

sauberes fleißiges Mädchen für den ganzen Tag gesucht.
Werftstraße 74, part. 1.

Eduard Dittmann

Buch- u. Papierhandlung
Rüstingen, Mitterlichstr. 2.
Lieferung sämtlicher Zeitschriften und Modejournale. — Bezugsquelle für Privat- und Vereins-Bibliotheken. Anfertigung von Kaufschuldscheinen. Großes Lager von Ansicht- und Künstlerkarten. — Reiche Auswahl in Broschüren politischen und gewerkschaftlichen Inhalts.

Zu verkaufen

ein Küchenschrank,
ein Küchentisch,
eine Petrolenmaschine.
Wilhelmshav. Straße 69.

Gebrauchte Sofas

und Matratzen werden gut und billig aufgearbeitet.
Fr. W. Fischer
Tapetezer und Dekorateur
Wilhelmshavenener Straße 1, 1. Etg.

Am Sonntag den 25. Juni 1911, nachmittags 1—3 Uhr, ist ein **Fahrrad, Marke Wanderer Nr. 16419**

aus dem Flur des Hauses Gdlerstraße 16 in Rüstingen gestohlen. Der Eigentümerichert dem Wiederbringer eine hohe Belohnung zu.
J. A.: **Dr. jur. Lüerssen,**
Rechtsanwalt.

Variété Adler

Operetten-Gastspiel.
Direction **Gustav Michels.**

•• Heute Mittwoch ••
zum 4. Male:

Das Jungfernstift.

Donnerstag d. 29. Juni:
Neu! Zum 1. Male: Neu!

Die geldhiedene Frau

Freitag den 30. Juni:

Die geldhiedene Frau

Holsten-Sirnis

besten Ertrag für Weindistills
1 Pfund 45 Pf.

J. H. Cassens,

Rüstingen, Peterstr. 42. Schaar.

Weismehl . . . 1 Pfd. 20 Pf.

Gries 1 Pfd. 26 Pf.

Weißer Sago 1 Pfd. 26 Pf.

Brauner Sago 1 Pfd. 36 Pf.

Puddingstärke 1 Pfd. 25 Pf.

Himbeerjast 1/2 Flasche 90 Pf.

J. H. Cassens,

Rüst., Peterstr. 42. Schaar.

Kaufe gebrauchte

Möbelstücke

zu hohen Preisen.
W. Janssen, Bant
Peterstraße 4. Telefon 697.